

KURZ UND PRÄGNANT

Entschädigungsfonds für NSU-Opfer

Thüringen plant einen Fonds, um NSU-Opfer und Hinterbliebene zu entschädigen. Eine entsprechende Klage vor dem Landgericht Erfurt wurde deshalb zunächst ausgesetzt. Die Koalitionsfraktionen teilten mit, man setze sich „für die Schaffung und entsprechende finanzielle Ausstattung eines Entschädigungsfonds ein, welcher explizit für die Opferangehörigen, aber auch für die Betroffenen der Sprengstoffanschläge und Sparkassenüberfälle gedacht ist“. Auch aufgrund des Abschlussberichtes des 1. NSU-Untersuchungsausschusses in Thüringen erhoben Angehörige Klage gegen den Freistaat. Darin wurde festgestellt, dass durch die Vielzahl falscher oder nicht getroffener Entscheidungen der „Verdacht gezielter Sabotage und des bewussten Hintertreibens eines Auffindens der Flüchtigen“ zugelassen wurde. U.a. daraus leiten die Kläger die Verantwortlichkeit Thüringens ab. „Aus der politischen Verantwortungsübernahme, welche mit dem Abschlussbericht der vergangenen Legislatur erfolgte, müssen auch Konsequenzen gezogen werden, die für die Angehörigen spürbar werden“, so die Koalition. ■

Besoldungserhöhung für Beamte beschlossen

Der Landtag hat am 31. August das Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in den Jahren 2017 und 2018 beschlossen. Damit ist der Weg frei für eine zeitgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses im öffentlichen Dienst auf die Thüringer Beamten. MdL Rainer Kräuter (LINKE): „Wir wollen den öffentlichen Dienst wieder als attraktiven Arbeitgeber etablieren.“

Der Gewerkschaftspolitiker wies darauf hin, dass die CDU in ihrem Änderungsantrag zum Besoldungsgesetz zugegeben habe, den Thüringer Beamtinnen und Beamten in den vergangenen Jahren zur Haushaltskonsolidierung viel abverlangt zu haben. In der Debatte um die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses im öffentlichen Dienst auf die Beamten hatte Rainer Kräuter die Schwierigkeit, beide Systeme – Angestellte und Beamte – zu vergleichen und gleich zu behandeln, angesprochen. Deshalb schlägt er eine gemeinsame Gesprächsrunde von Finanzministerin, den Spitzenverbänden und den Fachpolitikern des Thüringer Landtages vor, mit dem Ziel, die strukturelle Übertragung der Elemente des Tarifiergebnisses noch effektiver in den Griff zu bekommen. ■

Wie die AfD bewusst Fake News verbreitet

Steffen Harzer in der Landtagsdebatte: So wird die öffentliche Meinung aufgehetzt

Die AfD-Fraktion hatte dem Landtag ein Gesetz vorgelegt, mit dem sie das verfassungsrechtliche Zensurverbot zum Schutz der Medien- und Meinungsfreiheit „konkretisieren“ wollte. Ein Vorstoß, der von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde. Der AfD gehe es „um nichts anderes, als rassistische Hetze zu legitimieren“, hatte Katharina König-Preuß (LINKE) betont.

Die Abgeordnete nannte Beispiele, wie die AfD zugleich ihr missliebige Positionen unterdrücken wolle. Und während sie im Titel des Gesetzes nicht einmal davor zurückschrecke, von Medienfreiheit zu sprechen, könnten auf AfD-Demonstrationen unwidersprochen „Lügenpresse“ skandiert und Journalisten attackiert werden.

Einen prägnanten Fall, wie die AfD „bewusst Fake News verbreitet“ und „die öffentliche Stimmung und Meinung aufhetzt“ schilderte in der Debatte der LINKE-Politiker Steffen Harzer. Er bezog sich auf Äußerungen der AfD, die die Presse bezichtigt hatte, über angebliche Vorkommnisse, die zum Abbruch eines Stadtfestes in Chemnitz geführt hätten, nicht berichtet zu haben: „Da empfehle ich einen Artikel vom 29.8. in der Freien Presse Chemnitz. Vor der MDR JUMP-Bühne war es zu Rängeleien gekommen, woraufhin

von MDR JUMP nach Rücksprache mit den Ordnern entschieden wurde, die Musik eine halbe Stunde früher abzustellen. Daraus wurde dann in vielen Medien ein Abbruch des Stadtfestes. Das geht im Wesentlichen auf einen einzigen Beitrag bei Facebook zurück.“

„Sie wollen einen Zustand wie 1933, der die Welt in die Katastrophe stürzte“

Dazu heißt es in dem Zeitungsartikel: „Lars Franke, Vorstandsmitglied der Chemnitzer AfD und einer der einflussreichsten Netzwerker in der hiesigen Asylgegnerszene, hatte den Beitrag noch in der Nacht als Eilmeldung in Umlauf gebracht. ‘Es brennt an allen Ecken des Festes’, schrieb er. Allein vor der Bühne an der Brückenstraße würden sich ‘300 bis 400 angetrunkenen Araber’ tummeln, Frauen ‘dutzendfach’ belästigt. Als ‘Beleg’ fügte Franke mehrere Fotos und Videos bei. Sie zeigen allerdings nur tanzende und unbeschwert herumstehende junge Leute, unter ihnen viele Migranten. Und einen Sicherheitsdienst, der das Geschehen aufmerksam, aber augenscheinlich entspannt, verfolgt.“

Steffen Harzer weiter: „So viel zum Abbruch des Stadtfestes. Die Medienabteilung der Polizei hat dann nach diesen drei Tagen Stadtfest festgestellt:

27 Straftaten, zwei mehr als im vergangenen Jahr, bei deutlich gesteigerter Besucherzahl. Gut die Hälfte waren Körperverletzungen, zumeist unter Alkoholeinfluss. 16 Personen kamen zu Schaden. Es gab sieben Diebstähle, zwei Bedrohungen, je einen Fall von Sachbeschädigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Drogenbesitz. Das war die Bilanz des Stadtfestes. Von Abbruch, von hundertfachen Vergewaltigungen, ‘Kölnler Zuständen’, wie Pegida, wie Reichsbürger, wie AfD sagten, kann nicht die Rede sein.“

Der LINKE-Abgeordnete zitierte Björn Höcke (Deutschlandradio v. 29.5.2015): „Wir brauchen keine Begriffsstabilisierung, keine Antidiskriminierungsgesetze und keine politische Strafjustiz. Hinfort damit – und zwar schnell.“

In einer internen Mail habe Höcke dann geschrieben, was er damit meine: Die Abschaffung der Paragrafen 86 und 130 des Strafgesetzbuches. Danach sind das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung verboten, insbesondere die Auswütszüge und die Verherrlichung des Naziregimes. Steffen Harzer wörtlich: „Sie wollen einen Zustand wie 1933, der Europa und die Welt in die Katastrophe stürzte.“ ■

„Unterstützen Sie persönlich Bündnisse und aktive BürgerInnen“

Mit einem Offenen Brief haben sich die Mitglieder des Bündnisses für Demokratie und Weltoffenheit Kloster Veßra an die Landtagsabgeordneten, an die Landräte und Oberbürgermeister in Thüringen sowie an die Thüringer Staatskanzlei gewandt.

Unter Bezug auf die RechtsRockkonzerte im Juli in Thamar mit insgesamt 7000 Teilnehmern aus allen Bereichen der rechtsextremen Szene heißt es darin: „Gemeinsam mit engagierten BürgerInnen der Stadt Thamar, den Kirchen und vielen weiteren UnterstützerInnen konnten wir mit unserem kreativen und bunten Widerstand ein deutliches und friedliches Zeichen gegen derartige Umtriebe in Südthüringen setzen. Die Erfahrungen, die wir in diesem Zusammenhang machten, sind teils positiv, jedoch auch ernüchternd.“

Um dem Ausbau rechtsextremistischer Umtriebe entgegenzuwirken, fordert das Bündnis u.a. eine bessere und eindeutige gesetzliche Abgrenzung zwischen kommerziellen Veranstaltungen und politischen Versammlungen. Es sollten alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden, um solche Veranstaltungen zu unterbinden oder zu erschweren. Wörtlich heißt es: „Die für



Thomas Jakob übergab den Vertretern der demokratischen Fraktionen des Thüringer Landtags am Rande des Plenums am 30. August den offenen Brief der Mitglieder des Bündnisses für Demokratie und Weltoffenheit Kloster Veßra.

Foto: Peter Lahn

uns wichtigste Forderung aber ist, dass Sie als PolitikerInnen und Verantwortungsträger klar Position beziehen und eindeutig rechtsextremistische Umtriebe ablehnen. Dies geht für uns über reine Lippenbekenntnisse hinaus. Seien Sie präsent in den Regionen, unterstützen Sie persönlich Bündnisse und aktive BürgerInnen.

Stellen Sie sich den unangenehmen Fragen, Ängsten und Vorwürfen der Bevölkerung. Sie sind Teil der Demo-

kratie und in der Pflicht, diese zu verteidigen. Wir als engagierte Zivilgesellschaft unterstützen Sie hierbei gern, wenn Ihre Motivation aufrichtig, ernsthaft und nicht durch parteipolitische Machtansprüche geprägt ist.

Ziehen Sie sich nicht weiter aus dem ländlichen Raum zurück. Bieten Sie politische Diskussion und Bildung, um Demokratie lebendig werden zu lassen.“ ■